Ausgabe für Groß Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch
28. November 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

28. 11 m Nr. 552 150 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

MOTORRADHAUS CENTRUM · BERLIN SW.68 Kochstr.73 Noll.8508

Der Bürgerblock auf der Kanzlersuche.

Kabinett Stegerwald?

Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion. — Krise in der Demokratie.

Während des gestrigen Nachmittags fanden fortlaufend Verhandlungen im Reichstag statt, und zwar berieten die Fraktionsführer der Arbeitsgemeinschaft unter sich und dann zusammen mit den Deutschnationalen und den Vertretern der Bayerischen Volkspartei. Wenn man von den beständig hin- und herschwankenden Demokraten absieht, so war bei allen Beteiligten der Wunsch unverkennbar, zu einer Einigung über die Grundlage eines großen Bürgerblocks im Reichstag zu gelangen und sich dabei in den Grundfragen, die noch einer Klärung bedürfen, auf das allernotwendigste zu beschränken.

Die Deutschnationalen zeigten bei den Besprechungen über die verfassungsmäßigen Kurs des zu schaffenden Kabinetts und in den Fragen, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben, Entgegenkommen und trugen so wesentlich dazu bei, daß dieser Fragenkomplex allmählich ganz zurücktrat. Dagegen bildete

die preußische Koalitionsfrage

den Gegenstand längerer und schwieriger Verhandlungen. Es ist bekannt, daß die Deutschnationalen schon bei früheren Krisen, als ihre Hinzuziehung zur Koalition erörtert wurde, mit Entschiedenheit betont hatten, daß sie im Reich keine politische Verantwortung übernehmen könnten, wenn im größten deutschen Staat wichtige Machtpositionen in sozialdemokratischen Händen seien. Ihre Wünsche liefen daher auf einen Umbau der Koalition in Preußen hinaus, und sie sprachen die Erwartung aus, daß die anderen bürgerlichen Fraktionen bereit sein würden, auf ihre Schwesterfraktionen im Preußischen Landtag in diesem Sinne einzuwirken. Dazu erklärten sich jedoch die Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft einschließlich der der Volkspartei außerstande. Sie müßten vielmehr, so betonten sie, die Regelung der Koalitionsfrage den Landtagsfraktionen selbst überlassen. Die Vertreter der Deutschnationalen stellten eine Meinungsäußerung ihrer Fraktion zu diesem Punkte in Aussicht. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde auch auf

die Personenfrage

eingegangen. Von der Deutschen Volkspartei wurde, nachdem das Zentrum seine Bedenken gegen den Minister Dr. Jarres als Kanzlerkandidaten nicht hatte überwinden können, als Sammelkandidat für das Block-Kabinett der frühere preußische Ministerpräsident **Stegerwald** vorgeschlagen, der der Reichstagsfraktion des Zentrums angehört. Das Zentrum konnte natürlich gegen die Kandidatur eines Fraktionskollegen nichts einwenden, und auch die Demokraten lehnten ihn nicht ab. Sie erklärten, daß Stegerwald für sie als Kanzler immerhin erträglich sei, wenn sie sich auch noch nicht dazu äußern könnten, ob sie das Kabinett durch den Eintritt von Fraktionskollegen würden unterstützen können. Wie wir hinzufügen möchten, wurde gestern im Reichstag ganz offen davon gesprochen, daß die Demokratische Fraktion sich infolge ihrer unentschlossenen Haltung in einer Krise befinde, und daß es keine Ueberraschung mehr bedeuten würde, wenn ein Teil der Demokratischen Fraktion, der für den Bürgerblock eintritt, seinen Abschied aus der Fraktion nehmen würde.

Was im übrigen die Personalfragen betrifft, so wird vom Zentrum eifrig dafür eingetreten, dem bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann das Außenministerium zu übertragen. In den Abendstunden trat

die Deutschnationale Fraktion

zu einer entscheidenden Sitzung zusammen. Nach mehrstündigen Beratungen wurde ein Beschluß gefaßt und unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit dem Vorsitzenden der Fraktion der Volkspartei, Dr. Scholz, zur Kenntnisnahme und zur Uebermittlung an den Reichspräsidenten übergeben. So viel kann mitgeteilt werden, daß die Deutschnationale Fraktion der Auffassung ist, daß die Verhandlungen über den Bürgerblock Aussicht auf Erfolg eröffnen und daß man sich mit einem Kabinett Stegerwald grundsätzlich einverstanden erklären könne. Jedoch hält die Fraktion an ihren Wünschen nach Aenderung der Koalition in Preußen fest. Ohne Zweifel aber hat die Fraktion nicht die Absicht, an dieser Frage den Bürgerblock noch im letzten Augenblick scheitern zu lassen. Denn sie faßte ihr Urteil dahin zusammen, daß ihr Beschluß die Voraussetzungen für weitere Verhandlungen schafse. Diese Verhandlungen werden heute vormittag geführt werden.

*

So sind bereits volle drei Tage nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann vergangen, ohne daß eine neue Reichsregierung zusammengestellt oder auch nur der neue Reichskanzler ernannt worden wäre. Inzwischen lassen die Berichte aus London und Paris erkennen, daß in Deutschland schleunigst wieder eine aktive und verantwortliche Außenpolitik gemacht werden muß; ebenso weist das Drängen des Fünfzehnerausschusses aus dem Rhein- und Ruhrgebiet nach einer Entscheidung auf die Notwendigkeit der sofortigen Neubildung des Reichskabinetts hin. In solchem Augenblick ist keine Zeit für langwierige Verhandlungen über die Glaubensbekenntnisse der Parteien. Wenn sich nicht heute unverzüglich eine Einigung der Parteien über das Regierungsprogramm und die Person des neuen Kanzlers ergibt, wird der Reichspräsident den gordischen Knoten durchhauen müssen. Die Handhabe dazu hat ihm die Annäherung eines Teiles der Mittelparteien an die Deutschnationalen gegeben; benutzt er sie mit Entschiedenheit, dann werden alle übrig gebliebenen Fragen und Bedenken von selbst verschwinden.

Rentenmark gleich Goldmark?

München, 27. 11. (T. U.) **Vom bayerischen Handelsministerium ist an das Reichsfinanzministerium das Ersuchen um eine offizielle Aufklärung gerichtet worden, ob eine Rentenmark in Wertgleichung zur Goldmark steht.**

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 80½ Billionen Mark.

Dr. Schacht zur Währungsreform.

Vom Reichswährungskommissar Dr. Schacht gehen uns folgende Mitteilungen zu:

Die unausbleiblichen Reibungen beim Uebergang von einem Geld zum anderen sind bei der

Rentenmark

dadurch vermehrt worden, daß bei ihrem Inslebentreten noch kein genügender Bestand gedruckt war. Wenn trotzdem die Einführung der Rentenmark mit dem 15. November beschlossen wurde, so geschah es, weil mit demselben Augenblick die Kreditinanspruchnahme des Reiches bei der Reichsbank aufzuhören hatte. Dieser für den Beginn jeder Währungsreform einschneidende Punkt mußte alle sonstigen Bedenken überwiegen. Gleichzeitig ergab sich die Notwendigkeit, die Rentenmark zu einem möglichst gleichmäßigen Umtauschkurs gegen Papiermark abzugeben. Es war deshalb erforderlich, den Berliner Dollarkurs, der zu dem Auslandskurs der Mark in einem krassen Mißverhältnis stand, in möglichst kurzer Frist der Weltparität näher zu bringen. Die Art der Rentenmarkabgabe geschah derart, daß das Hinüberfließen in den offenen Geldmarkt möglichst vermieden und die Rentenmark in erster Linie durch Auszahlung von Löhnen und Gehältern den Konsumenten, andererseits den Kreisen des Nahrungsmittelhandels und den ländlichen Genossenschaften für den Getreideeinkauf zugeleitet wurde. Welche Beträge von Rentenmark bisher in die Wirtschaft hineingelangt sind, läßt sich ziffernmäßig nicht genau angeben, da die Verteilung nicht nur von der Reichsbank in Berlin, sondern auch von den Zweiganstalten im Reiche erfolgt, und zwar sowohl für die unmittelbaren Zwecke des Reiches wie auch im Umtausch gegen Papiermark für die Wirtschaft. Der Druck der Rentenmark soll nach den Absichten des Verwaltungsrates der Rentenbank im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein und geht zurzeit in einem schnelleren Tempo vor sich, als die ersten Tage gestattet haben. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in spätestens zwei bis drei Wochen ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag in Rentenmark in den Verkehr gebracht sein wird.

In jedem Falle darf ein gewisses Gefühl der Beruhigung Platz greifen darüber, daß die Währungsreform einen stetigen und klar vorgezeichneten Weg geht. Ob und in welcher Weise die Reichsmark in einem gegebenen Zeitpunkt zu einem anderen Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung etwas weiter vorgeschritten sein wird. Im gegenwärtigen Augenblick liegt keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern. Im Gegenteil ist die Möglichkeit der Wiedererstarkung der Reichsbank in ihrer Stellung als zentrales Währungsinstitut durchaus gegeben, während gleichzeitig die Rentenmark in ihrer starken goldhypothekarischen Fundierung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung behalten wird. In der Zwischenzeit werden die Bemühungen um die Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldkrediten für die deutsche Wirtschaft nicht ruhen dürfen.

Die neuen Steuern.

Umstellung auf den Goldwert. — Vermögenssteuer nach dem Friedenswert. — Aufhebung der Betriebssteuer.

Der Finanzpolitische Ausschuß des vorl. Reichswirtschaftsrats nahm in seiner Sitzung am 27. November 1923 die Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums über die beabsichtigte Einbringung weiterer wertbeständiger Steuern, insbesondere über die Ergänzung der Einkommenbesteuerung, entgegen. Der Beratung lag zugrunde ein vom Reichsfinanzminister zur Begutachtung übersandter Entwurf einer Steuernotverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Der Entwurf lehnt sich in seinen Bestimmungen über Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Umsatzsteuer und Kapitalsverkehrssteuer im allgemeinen an diejenigen des Entwurfs eines Gesetzes über wertbeständige Steuern und die Vereinfachung des Steuerverfahrens an.

Wesentliche Abweichungen von jener Vorlage bestehen darin, daß die Regelung auf das Jahr 1924 abgestellt und daß die Abstellung auf Goldmark mehr noch in den Vordergrund gerückt ist, daß bei der

Vermögenssteuer

die Bewertung nicht nach dem gemeinen bezw. dem Ertragswerte, sondern nach dem Friedenswerte erfolgt, der Tarifsatz für alle Steuerpflichtigen 5 vom Tausend beträgt mit Ermäßigungen bei fünfzigtausend Goldmark nicht übersteigenden und mit Zuschlägen bei hunderttausend Goldmark übersteigenden Vermögen, daß die Freigrenze auf fünftausend Goldmark festgesetzt wird, und ferner bis zum 1. März 1924 die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1924 in Höhe von ein Viertel des Betrags einzuzahlen ist, welches den Vermögenssteuererklärungen entspricht.

Bei der Erbschaftssteuer ist entgegen dem früheren Entwurf der Steuersatz für Anfälle an Kindern und Ehegatten auf 2 % ermäßigt worden.

Zur Börsensteuer wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats eine solche zu erheben, die entweder an die Zulassung zum Besuch an der inländischen staatlich anerkannten Wertpapierbörse oder an den Besuch einer solchen Börse oder an beide Merkmale anknüpft. Soweit eine laufende Steuer auf den Börsenbesuch gelegt wird, soll ihr Gesamtbetrag auf die einzelnen Börsenunternehmer umgelegt und die Unterverteilung auf die Börsenbesucher unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit dem Börsenunternehmer überlassen bleiben.

Eine Umstellung auf den Goldwert wird bestimmt bzw. in die Ermächtigung des Finanzministers gelegt für die Wechselsteuer, für die Grunderwerbssteuer, für die Renn-, Wett- und Lotteriesteuer, für die Kraftfahrzeugsteuer, für die Verbrauchssteuern sowie für Steuergeldstrafen.

Aufgehoben wird ferner mit Wirkung **vom 1. Januar 1924 das Gesetz über die Be-**steuerung der Betriebe vom 11. August 1923 (Artikel XIX § 2, Ziffer 1).

Nach längeren Ausführungen des Regierungsvertreters, denen eine Generalaussprache folgte, wurde ein Arbeitsausschuß von zwölf Mitgliedern eingesetzt.

Verschärfung der englisch-französischen Unstimmigkeiten.

London will die Frage des Ruhreinbruchs aufs neue aufrollen.

A. **London**, 27. 11. (Eigenbericht.)

Die hier im Umlauf befindlichen Gerüchte, daß die Pariser Verständigung nicht lange anhalten werde, scheinen sich immer mehr zu bestätigen. Die neuauftauchenden Schwierigkeiten nehmen sogar schärfere Formen an als in der Entwaffnungsfrage, und es ist immerhin möglich, daß sie zu Auseinandersetzungen führen, durch die der „Vertrag" von Versailles in Frage gestellt wird. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

England erhebt Widerspruch gegen das Abkommen zwischen der Micum und dem Bergbaulichen Verein insofern, als bei der Verteilung der Kohlensteuer nur die Besatzungsmächte Berücksichtigung finden sollen und nur der übrigbleibende Betrag der Reparationskommission zugeführt werden soll. Die englische Forderung ist noch nicht endgültig formuliert, aber **die Londoner Auffassung neigt dahin, daß die Einkünfte ohne jeden Abzug der Reparationskommission zufließen sollen, und daß sie erst dann verteilt werden sollen. (!)** England begründet diesen Standpunkt damit, daß es z. Zt. die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung bestritten habe, und **daß neue Vereinbarungen die Billigung der Reparationskommission finden müßten.** Die englische Politik schreibt dieser Frage die denkbar größte Bedeutung zu.

Die Konferenz der englischen Sachverständigen, die heute zu Beratungen zusammentrat, ist bis zur Stunde noch nicht zu Entscheidungen gekommen. Man weiß jetzt, daß Lord Curzon der weiteren Entwickelung die größte Aufmerksamkeit schenkt und daß **er die Frage der Ruhrbesetzung samt derjenigen der Kohlenlieferungen aufs neue aufrollen wird.**

Die Gerüchte, daß Poincaré zu direkten Verhandlungen mit Berlin geneigt sei, verstärken sich. Andererseits betont man jedoch, daß die Voraussetzung hierzu eine verhandlungsfähige Regierung in Berlin sei.

Der französische Standpunkt.

Paris, 27. 11. (W. T. B.) **Das „Echo de Paris"** schreibt: „Wir sind berechtigt, der Reparationskommission die aus dem Ruhrgebiet erzielten Einnahmen erst nach Abzug der Besetzungskosten seit dem 11. Januar zu überweisen. Das ist der französische Standpunkt."

Politik der Mäßigung und der Arbeitsgarantien.

Brüssel, 27. 11. (Meldung der Agence Belge.) Wie die Blätter mitteilen, gab der gestern zusammengetretene Ministerrat seiner Genugtuung über die in der Ruhrfrage erzielten Ergebnisse Ausdruck. Daher sei die belgische Regierung der Ansicht, daß es an der Zeit sei, eine Politik der Mäßigung mit Bezug auf die militärische Besetzung Platz greifen zu lassen. General Degoutte werde in Uebereinstimmung mit den belgischen Militärbehörden die nötigen Maßnahmen ergreifen, um das Besetzungsregime in dem Maße weniger hart zu gestalten, wie durch die Fabrik- und Bergwerkbelegschaften Arbeitsgarantien geboten würden.

Preußen gibt wertbeständiges Notgeld aus.

Infolge der technischen Schwierigkeiten einer zentralen Belieferung aller Regierungskassen in den preußischen Provinzen durch die Reichskasse sieht sich jetzt auch der preußische Staat genötigt, zur Deckung der dringendsten staatlichen Ausgaben mit der sofortigen Herausgabe wertbeständigen staatlichen Notgeldes zu beginnen. Das Geld ist durch die Deponierung von Goldanleihe voll gedeckt.

Mit der Ausgabe des Geldes ist heute bereits im Betrag von zunächst 25 Goldmillionen begonnen worden. — Außerdem wird der preußische Staat in der nächsten Zeit mit der Ausgabe von kurzfristigen Goldschatzanweisungen beginnen.

Die Koalition in Preußen.

Zusammentritt des Landtags.

Nach sechswöchiger Pause nahm der Preußische Landtag Dienstag nachmittag seine Arbeit wieder auf. Schon die erste Sitzung zeigte, daß eine Rückwirkung der Krise im Reich auf die parlamentarischen Verhältnisse in Preußen wohl nicht länger zu vermeiden ist. Die Fraktionen, die vor Beginn der Plenarsitzung die politische Lage berieten, faßten noch keine Beschlüsse, da sie alle den Ausgang der Kabinettskrise im Reich abwarten wollen. Das Zentrum befaßte sich besonders eingehend mit der Rheinlandfrage.

Ein kommunistischer Antrag, Mittwoch eine große politische Aussprache abzuhalten, fand die Unterstützung der Sozialisten. Der Sozialist Heilmann erklärte, durch die Abhaltung einer großen politischen Aussprache werde man zugleich am besten dokumentieren, daß die Krise im Reich bisher noch keine Rückwirkung auf die parlamentarische Lage in Preußen gehabt habe. Aber bei der Abstimmung waren die bisherigen Koalitionsparteien gespalten: Die Sozialdemokraten stimmten mit den Kommunisten für deren Antrag, wurden aber von der bürgerlichen Mehrheit überstimmt. Es blieb also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung. Man wird Mittwoch wieder nur kleinere Vorlagen beraten.

Frankfurt a. M., 27. 11. (Eigener Drahtbericht.) Die Mörder des Staatsanwalts Dr. Haas wurden zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt.

Köln, 27. 11. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Volkszeitung" zu der Frage der rheinischen Goldnotenbank erfährt, soll Koblenz als Sitz der neuen Bank gelten. Diese soll Hauptgeschäftsstellen in Köln und in Duisburg erhalten und daneben **Zweigniederlassungen errichten können.**

Der Verwaltungsrat für das Rheinland.

Beschlüsse des Fünfzehnerausschusses.

Im Reichstag trat Dienstag nachmittag der 15er Ausschuß des Rheinlandes mit den rheinischen Abgeordneten aller Parteien zu einer Aussprache über die Rheinlandfrage zusammen. In erster Linie wurde die Wahl des Verwaltungsrats für das Rheinland erörtert. Grundsätzlich wurde beschlossen daß ein Verwaltungsrat von 56 Mitgliedern gewählt werden soll. Wahlberechtigt sollen nur Mitglieder des Reichstags, des preußischen Landtags und des Provinziallandtags sein, sobald sie im besetzten Gebiet sind. Einbezogen sind die Enklaven von Hagen und Elberfeld. Die Wahlen zu dem Verwaltungsrat sollen nach dem Schlüssel auf Grund der letzten Reichstagswahlen erfolgen. Der Termin für die Wahlen ist noch nicht anberaumt.

Außerdem befaßte sich die Aussprache mit der wirtschaftlichen Notlage des besetzten Gebiets. Beim Reichspräsidenten sowohl wie beim Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seeckt, sollen Vorstellungen erhoben werden wegen des Verbots der Ausgabe von städtischem Notgeld im besetzten Gebiet.

Für Dienstag abend waren die westfälischen Mitglieder der Reichstagsfraktionen zu einer Aussprache über die Lage im besetzten Gebiet zusammen berufen worden.

Irrige Auffassungen.

W. T. B. meldet: Durch den Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Erkelenz auf dem außerordentlichen Parteitag der Deutsch-Demokratischen Partei in Elberfeld gehalten hat, hat zum erstenmal die breitere Oeffentlichkeit von den Verhandlungen Kenntnis erhalten, die in letzter Zeit zwischen Vertretern der Bevölkerung des besetzten Gebiets und dem französischen Mitgliede und Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz Herrn Tirard stattgefunden haben. Herr Erkelenz hat in diesem Zusammenhang die auf deutscher Seite bestehenden Pläne über die Zusammenfassung der besetzten Gebietsteile zu einem Zweckverband erwähnt. Da hierbei davon gesprochen wird, daß das neue Gebilde Finanzhoheit haben müßte sowie das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat auf seinem Gebiete treffen könnte, sind vielfach irrige Auffassungen erweckt worden, als wenn man sich deutscherseits mit Aenderungen in den Staats- und Landeshoheiten des besetzten Gebietes abgefunden hätte.

Dies ist völlig unzutreffend. Bei den verschiedenen Besprechungen, die zwischen Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen des Reiches und der Länder stattgefunden haben, bestand völlige Einmütigkeit darin, daß an den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiet weder in bezug auf das Reich noch in bezug auf die Länder während des gegenwärtigen Zustandes irgendwelche Aenderungen eintreten könnten.

Es sei aber ausdrücklich festgestellt, daß weder auf seiten der Reichsregierung noch auf seiten der Bevölkerung jemals daran gedacht worden ist, im Wege dieser Verhandlungen irgendwelche dauernden Veränderungen in den gegenwärtigen staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes eintreten zu lassen.

Der Hüter der deutschen Verfassung!

Poincaré in seiner neuen Rolle.

W. T. B. meldet: Der deutsche Geschäftsträger in Paris hatte vor längerer Zeit bei der französischen Regierung zur Sprache gebracht, daß die Stadtverwaltungen im besetzten Gebiet von den französischen Besatzungsbehörden auf dem Wege der Requisition gezwungen werden, städtische Räumlichkeiten den separatistischen Vereinigungen im Rheinland für Versammlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Die französische Regierung hat die Vorstellungen mit folgender Note an den Geschäftsträger beantwortet:

Herr Geschäftsträger!

Durch Schreiben vom 15. September Nr. 4103 haben Sie geglaubt, im Namen der Deutschen Regierung Vorstellungen gegen die Haltung der französischen Behörden erheben zu sollen, weil sie die Gemeindebehörden der besetzten Gebiete gezwungen haben sollten, öffentliche Räumlichkeiten den rheinischen Separatisten für ihre Parteiversammlungen zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung hatten die Oberbürgermeister von Koblenz und von Düsseldorf gegenüber den Leitern der „Rheinischen Volksvereinigung" und der „Rheinischen Republikanischen Volkspartei" es schriftlich abgelehnt, die von diesen für den 29. Juli und den 5. August erbetenen Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, während sie früher ähnlichen Anträgen, die von dem Zentrum, von der Demokratischen Partei und von der Volkspartei ausgegangen waren, stattgegeben hatten.

Nachdem sie auf diese Weise von den deutschen Behörden des Versammlungsrechts beraubt worden waren, das zu den wesentlichen in der Verfassung festgelegten Freiheiten gehört, war zu befürchten, daß die beiden separatistischen Parteien sich zu Gewaltakten hinreißen lassen oder daß sie ihre Versammlung unter freiem Himmel abhalten würden. In beiden Fällen würde die öffentliche Ordnung gefährdet und die Sicherheit der Truppen in Frage gestellt worden sein.

Unter diesen Umständen sind der Delegierte der Rheinlandkommission im Kreise Koblenz und der Delegierte des Oberkommandos in Düsseldorf, wie dies auch in anderen Fällen und unter ähnlichen Verhältnissen zugunsten einer anderen Partei geschehen sein würde, zu der Entscheidung gelangt, daß die von ihnen ordnungsmäßig genehmigten separatistischen Versammlungen in der Festhalle in Koblenz und in der Tonhalle in Düsseldorf stattzufinden hätten.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

gez. Poincaré.

Die Stellungnahme der französischen Regierung zu der deutschen Beschwerde ist charakteristisch für ihre Haltung gegenüber den Separatisten. Sie konstruiert einen Vorwurf gegen die legitimen deutschen Behörden daraus, daß diese es ablehnen, durch Hergabe städtischer Räume die auf den Umsturz der bestehenden Staatsgewalt gerichteten landesverräterischen Bestrebungen der Separatisten aktiv zu unterstützen, und entnimmt daraus einen Vorwand, unter Mißbrauch der Okkupationsgewalt ihrerseits diese Bestrebungen zu fördern.

Die Versuche zur Wiederbelebung der Ruhrwirtschaft.

Abkommen Mannesmann — Micum. — Kohlenlieferungen nach Holland wiederaufgenommen.

th. **Gelsenkirchen**, 27. 11. (Eigenbericht.)

Der Mannesmann-Konzern befindet sich seit dem gestrigen Montag in Verhandlungen mit der Micum in Düsseldorf. Diese Verhandlungen erstrecken sich nicht nur auf den Abschluß eines Sondervertrages im Rahmen des Düsseldorfer Mantelabkommens für die Kohlenzechen dieses Unternehmens, sondern auch gleichzeitig für die dem Konzern angeschlossenen großen Hüttenwerke. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen in den letzten beiden Tagen so große Fortschritte gemacht, daß die endgültige beiderseitige Unterzeichnung bereits am morgigen Mittwoch zu erwarten ist.

Den Mannesmann-Zechen (Consolidation, Unser Fritz und Königin Elisabeth) ist inzwischen von der Micum die Erlaubnis erteilt worden, **sofort tagtäglich 3000 Tonnen Kohlen, also etwa drei Güterzüge, nach Holland zu liefern.** Diese Hollandlieferungen waren bekanntlich von der Besatzung unterbunden worden. Zu der Erteilung der Genehmigung haben wahrscheinlich auch die fortwährenden Vorstellungen der holländischen Regierung und Wirtschaftsvertreter bei der Besatzung beigetragen.

Im übrigen hat der Vertreter der Micum auf den Mannesmann-Zechen den Belegschaften mitteilen lassen, daß, falls Plünderungen auf den Zechen erfolgen, die an diesen beteiligten Arbeiter bestraft werden, und zwar besteht die Strafe zunächst in der Entziehung der Deputatkohle auf einen gewissen Zeitraum.

Die Verkehrsschwierigkeiten im Ruhrgebiet.

Essen, 27. 11. (W. T. B.) Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird berichtet: Wenn auch durch den Abschluß des Mantelvertrages zwischen den Ruhrindustriellen und der Micum eine Veränderung der Lage angebahnt ist, so besteht doch zu einer optimistischen Auffassung vorläufig noch kein Anlaß. Die weitere Entwickelung der Verhältnisse wird zeigen, ob das Mantelabkommen und die noch abzuschließenden Sonderverträge für die Industrie tragbar sind. Selbst wenn die noch ausstehenden Sonderverträge mit den einzelnen Werken in den nächsten Tagen abgeschlossen werden, ist noch nicht mit einer erheblichen Steigerung der Produktion zu rechnen. Eine starke Zunahme der Produktion ist schon deshalb um so weniger zu erwarten, weil nunmehr nach Aufnahme der Kohlenförderung das noch völlig ungelöste Verkehrsproblem im Vordergrund steht. So wird z. B. die Tätigkeit des früheren deutschen Wagenamtes von Franzosen ausgeübt, die die örtlichen Schwierigkeiten nicht berücksichtigen können und die die Regelung des Zu- und Abfahrens der Waggons lediglich als eine mathematische Angelegenheit betrachten. Eine Folge davon ist, daß nach den jetzigen Berechnungen die Normalumlaufszeit eines Waggons heute vierzehn Tage beträgt gegen 4—2 Tage vor dem Ruhreinbruch. Die deutschen Beamten, die früher den Durchschnittsverkehr von allein 20 000 Waggons für Kohle täglich ohne die Waggons für den übrigen starken Güterverkehr regeln mußten, galten als genaueste Kenner des Ruhrgebiets. Die Regie hat aber auf die Wiedereinstellung dieser Beamten verzichtet, und es sind, soweit sich bisher übersehen läßt, im ganzen überhaupt nur rund 35 % des früher tätigen Eisenbahnpersonals wieder eingestellt worden.

Deutsch-belgischer Notenwechsel.

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns der Wortlaut des Notenwechsels zwischen der deutschen und belgischen Regierung in der Angelegenheit der Tötung des belgischen Leutnants Graff und des deutschen Polizeibeamten Chmielewsky zu. Das deutsche Auswärtige Amt besteht trotz der bereits erfolgten Ablehnung durch Belgien nochmals auf der Uebergabe der Angelegenheit an ein unparteiisches Schiedsgericht, da beide Fälle in ihren Motiven analog seien und keine verschiedene Beurteilung zuließen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	27. 11.	26. 11.		27. 11	26. 11.
Tägl. Geld	4½ %	4½ %	Brüssel	—,—	4.69
Berlin	14 Cts. pro Billion	12 C. nom. p. Bill.	Amsterd.	38,08	38.21
	15 "	12 "	Zürich	—,—	17,54
höchster	14 "	unnotiert	Kopenh.	17,73	17,80
niedrigst.	14 "	"	Prag	2,91	2.92
London			Rom	—,—	4.36
Kabel fr.	4,37,37	4,38,87	Madrid	—,—	13,07
Lond. 60 T.	4,34,37	4,35,75	Silber,		
Paris	5.39	5.47	ausl.	64	64½

New York, Produktenmarkt.

	27. 11.	26. 11.		27. 11.	26. 11
Kaffee loco	11⅛	11⅛	Zinn	20,50	20,50
" Dezbr.	10,00	10,10	Weißblech	5,50	5,50
" März	8,87	8,97	Schmalz	14.00	14,50
" Mai	8,35	8.45	Talg	8⅛	8⅛
" Juli	8.19	8.30	Bw. Saatöl l.	11.15	11.40
" Sept.	7.97	8,08	" Jan.	11.45	11.38
Baumwolle l.	36,55	36,15	Petroleum Cas.	16,90	16,90
" Nov.	—,—	—,—	" Tanks	7.00	7.00
" Dez	36,10	35.65	" Stand wh.	14,00	14,00
" Jan	35.53	35,00	" Cred. bal.	2,60	2.60
" März	35,73	35,25	Zucker Dezbr.	5.81	5,83
Zufuhr	86 000	36 000	do März	4.69	4 68
Kupfer el.	13⅛	13⅛	Terpentin	94.00	94.00
Blei	6,92	6.92	" Sav.	87,50	87,00
Zinn	6.40	6,40	Baumw. Ö. Ori.	35,13	34.75

	27. 11.	26. 11		27. 11.	26. 11.
Weizen, rot	120¼	120	Mehl Sp.	5.25-5.75	5.25-5.75
Hardw.	118⅜	118¼	Getrfr. Engl.	3 sh 3 d	3 sh 3 d
Mais	94	90	[illegible]	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	27. 11	26. 11		27. 11.	26. 11.
Weizen Dez.	102⅞	102¼	Rippen Jan.	9,47½	9,47½
" Mai	108⅛	108	Speck niedr.	9,25	9.25
Mais Dez.	73⅜	71⅛	" höchst.	10,25	10.25
" Mai	74¼	72⅜	Leichte Schweine niedr.	6.50	6.35
Hafer Dez.	43¼	42⅝	" höchst	6.65	6.80
" Mai	45¼	44⅜	Schwere Schweine niedr.	6.55	6.70
Roggen Dez.	66⅛	68⅛	" höchst	6.85	7.00
" Mai	73⅛	73	Zufuhr Chicago	68 000	85 000
Schmalz Jan.	11.75	11.72½	Zufuhr Westen	190 000	125 000
" März	11,65	11,60			

Italiens Außenpolitik.

Wohl kein Volk Europas hat den Kriegsgeist, die gehässige Gesinnung gegen die früheren Feinde, so rasch abgestreift wie Italien. Jeder Deutsche, der Italien in den letzten Jahren bereiste, konnte diese Beobachtung machen. Die italienische Presse fand teilweise starke und kräftige Worte der Sympathie für Deutschland, der Verurteilung für die französischen Zerstörungstendenzen. Ein Mann wie Nitti wurde ein Vorkämpfer für die wirtschaftliche Vernunft; seine Bücher und Aufsätze predigten pathetisch und scharfsinnig die Einheit Europas und fanden ein lebhaftes Echo im eigenen Lande und in der angelsächsischen Welt.

Die äußere Politik Italiens aber ging andere Wege, auch damals, als Nitti selber sie als Ministerpräsident leitete. Durch das Fiume-Abenteuer Gabriele d'Annunzios an der Grenze gebunden, wußte sie sich die ganze Zeit nicht anders zu helfen als durch eine Anlehnung an die Westmächte, die bald Frankreich, bald England mehr zugute kam, nie aber Italien selber. Man war nicht nur abhängig von den andern, sondern — was schlimmer war — man empfand die Abhängigkeit als drückende Fessel. Fühlte man sich heute von England geprellt, so morgen von Frankreich. Die wirtschaftliche Not und die innerpolitische Zerfahrenheit taten ein übriges. Wir Deutschen wissen ein Lied davon zu singen. Während die italienischen Truppenkontingente in Ostpreußen und Oberschlesien entsprechend der Volksstimmung daheim bei den jeweiligen Abstimmungen sich wenigstens nicht deutschfeindlich verhielten, hat die italienische Regierung regelmäßig alle Rechtsbeugungen Frankreichs mitgemacht oder geduldet. Ihre Aktivität beschränkte sich darauf, eine Kompromißformel zu finden, die für Frankreich und England annehmbar erschien. Das war alles.

Sollte jetzt eine Wandlung eingetreten sein? Hat die neue Aera des Faszismus nicht nur in der inneren Politik reine Bahn geschaffen, sondern auch in der äußern? Hat Mussolini wirklich das Tau gekappt, das das Schiff Italien bis dahin im Schlepp der Westmächte hielt? Diese Frage beantwortet sich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein; sie will gründlich untersucht sein.

Eines ist allerdings sicher. Dies letzte Jahr hat jetzt schon mehr sichtbare Erfolge für Italien gebracht, als die ganze vorhergehende Zeit. Und auch das ist richtig, daß diese Erfolge spezifisch italienische sind. Sie sind selbständig errungen, und es fehlt ihnen daher der bittere Beigeschmack, weil der andere eine größere oder bessere Beute davongetragen hätte. Sie sind sozusagen errungen abseits von der Heerstraße der großen Politik, und sie sind doch bedeutend genug, um die Stellung Italiens in Europa und der Welt zu erhöhen. Das ist besonders beachtenswert, daß Mussolini sich in den großen Konferenzen, die in diesem Jahre stattgefunden haben, so z. B. in Lausanne, in sachlicher Beziehung Zurückhaltung auferlegt hat, also den Kurs seiner Vorgänger weitergesteuert ist. Freilich kam ihm auch hierbei seine große Gewandheit, sich schon äußerlich ins rechte Licht zu setzen, zugute. Auch das Glück kam ihm zu Hilfe, indem die französische Politik den Türken gegenüber sich durch ihre offenkundige Zweideutigkeit um Reputation und Wirksamkeit gebracht hat.

Bei weitem wichtiger als die Lausanner Konferenz ist für Italien die Korfusache im letzten Sommer geworden. Die Handlung selber wie ihre rechtliche Begründung waren den Franzosen an der Ruhr abgelauscht. Aber nicht das ist das Wesentliche an dieser Aktion gewesen, nicht der Beginn — denn der war verhältnismäßig leicht —, sondern das Ende. Mussolini hat mit der Liquidierung des Abenteuers nach verhältnismäßig kurzer Zeit bewiesen, daß das Zeug zum wahren Staatsmann in ihm steckt. Nicht nur die öffentliche Meinung des eigenen Landes hat ihm Anerkennung gezollt, auch außerhalb der italienischen Grenzen hat man alsbald begriffen, daß hier nicht ein sinnloser Zerstörungsdrang am Werk war, der Europa in unabsehbare Wirren stürzen wollte, sondern daß Italien eine Prestigepolitik trieb, die es seiner Großmachtstellung schuldig war.

Der unmittelbare Gewinn für Italien war beträchtlich genug. Griechenland mußte zu Kreuze kriechen, und Südslawien, das schon in eine Kriegspsychose hineinzutaumeln drohte, nahm noch gerade rechtzeitig Vernunft an, lernte verstehen, was die von Italien beanspruchte Hegemonie im Adriatischen Meere militärisch bedeutete und ward dadurch in die Lage versetzt, die Verhandlungen mit Italien über Fiume in der richtigen Einstellung zum adriatischen Problem zu führen. Es wurde dadurch befähigt, die Fiumefrage hauptsächlich wirtschaftlich zu betrachten und einzusehen, daß rebus sic stantibus die Einräumung einer Freihafenzone im italienischen Fiume ausreichend sei, wenn man gleichzeitig gute politische Beziehungen zum Nachbarstaat unterhält.

Italien hat nun fast erreicht, was es durch fünf schmerzliche Jahre hat vermissen müssen. Sein Rücken gegen Osten ist beinahe frei, und es braucht nicht mehr so sehr wie früher zu befürchten, daß Südslawien es bedroht, wenn Frankreich auf den Knopf drückt. So ist es Mussolini möglich gewesen, auch in die von Frankreich verwirrte Tangerfrage einzugreifen und Beteiligung an diesem Schlüsselproblem des Mittelmeers zu fordern. Die immer schon vorhandenen Sympathien zwischen Italien und Spanien haben sich jetzt zum ersten Mal auch politisch auswerten lassen, noch verstärkt durch die neuen Regierungsmänner in Spanien, die ihrem Lande eine ähnliche geistige Erlösung gebracht haben, wie der Faszismus Italien. Der Besuch des spanischen Königs in Rom ist der sichtbarste Ausdruck dieses neuen intimen Einvernehmens. Auch hier ist das Antlitz der Politik gegen Frankreich gekehrt. Während Spanien in seiner Marokkozone von Frankreich bedrängt wird und um Tanger geprellt werden soll, ist Italien in einer sehr ernsten Auseinandersetzung mit Frankreich über das Schicksal seiner Landsleute in Tunis begriffen, die wohl von beiden Seiten dilatorisch behandelt wird, aber doch